

DATEN | FAKTEN | ARGUMENTE

THEMA DER WOCHE

Europa vor der Wahl – Antworten gesucht

■ Wenige Wochen vor den Wahlen zum neuen Europäischen Parlament am 7. Juni 2009 und rund ein halbes Jahr vor der Bildung einer neuen Europäischen Kommission erwarten Unternehmen ebenso wie Verbraucher Antworten von der Politik. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage: Wie können wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen so verbessern, dass Europa im globalen Vergleich gestärkt aus der aktuellen Krise hervorgeht? Der DIHK stellt die Europa-Wahlprogramme der Parteien mit einer Serie von Themen der Woche auf den Prüfstand. Die Reihe startet mit einem Überblick über die jeweiligen europapolitischen Konzepte:

Deutschland braucht Europa

■ Außer Die Linke bekennen sich alle Parteien zu einer starken Europäischen Union sowie zur Ratifizierung des Vertrags von Lissabon. CDU, SPD, FDP und Grüne betonen zu Recht, dass gerade die Energie- und Klimaschutzfrage, aber auch Themen wie Migrationspolitik oder internationaler Freihandel nur koordiniert gelöst werden können. Dieses Bekenntnis zur EU ist eine gute Nachricht für die deutsche Wirtschaft – die Überwindung der europäischen Teilung, der Ausbau des Binnenmarktes und auch ein stabiler Euro sind wichtige Voraussetzungen für den Wohlstand in den Mitgliedsländern. Ohne Europa geht es nicht!

Wirtschaftliche Freiheit statt Dirigismus

■ Die im Jahr 2000 beschlossene Lissabon-Agenda setzt richtigerweise Wachstum und Beschäftigung an die erste Stelle der EU-Politikziele. Die SPD-Forderung, dieser Wettbewerbsagenda eine parallele „Sozialagenda“ beizufügen, birgt Gefahren – nur mit einer starken Wirtschaft kann Europa seine hohen Sozial-, Verbraucher- und Umweltschutzstandards halten und weiterentwickeln. Stattdessen muss – wie von der CDU explizit gefordert – das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft in Europa stärker Anwendung finden: Wettbewerb und Liberalisierung sind Voraussetzungen für soziale Gerechtigkeit – nicht ihre Verhinderer. Der DIHK lehnt die Vorschläge seitens der SPD, der Grünen sowie der Partei Die Linke ab, vermehrt über das Ordnungsrecht in die Märkte einzugreifen. Folge eines solchen Aktionismus wären Bürokratie, Wettbewerbsverzerrungen und schließlich Ineffizienz.

Mehr Subsidiarität, weniger Zentralismus

■ Sozial- und Bildungspolitik müssen weiter in der Verantwortung der Mitgliedstaaten liegen – wie von CDU und FDP gefordert. Der Wettbewerb um die besten Konzepte darf auch im Steuerrecht und in anderen nationalen Politikfeldern nicht eingeschränkt werden. Europa muss den Mut aufbringen, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren – die Regelung der nationalen Bodenschutzvorgaben beispielsweise gehört nicht dazu. Den Versuch von SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und Die Linke, über den Umweg Europa in Deutschland flächendeckende Mindestlöhne durchzusetzen, lehnt der DIHK ab.

■ **Aus DIHK-Sicht gilt:** Ohne eine starke Wirtschaft kann Europa nicht gelingen. Europa muss weiter konsequent die noch bestehenden Barrieren im Binnenmarkt abbauen. Zudem: Wirtschaftliche Freiheit, Wettbewerb und Subsidiarität müssen in der europäischen Politik wieder stärker in den Vordergrund rücken. Dirigismus, Nivellierung und Zentralismus gefährden Wachstum, Jobs und letztlich auch das Vertrauen der Bürger. Zentrales inhaltliches Anliegen europäischer Politik muss die Stärkung des Bildungs- und Forschungsraums Europa sein. Die IHK-Organisation appelliert mit ihren aktuellen „Europapolitischen Positionen 2009“ an die 736 neuen Abgeordneten, verantwortungsvolle Politik im Sinne des Standorts Europa zu machen.

Europapolitische Positionen 2009:
www.dihk.de/inhalt/themen/international_neu/europa/wahl_09

Ansprechpartner: Dr. Volker Ressler, DIHK Brüssel, Telefon 0032-2-286-1661